

Münchener Sicherheitskonferenz 2026: Zwischen „Under Destruction“ und „Under Reconstruction“

Die diesjährige Münchener Sicherheitskonferenz stand unter dem Motto „Under Destruction“. Auf den ersten Blick mag dieses Motto wie eine dramatische Überspitzung scheinen. Doch in Zeiten internationaler Unruhe, asymmetrischer Konflikte und der Verschiebung geopolitischer Allianzen beschreibt es den aktuellen Stand der internationalen Sicherheitspolitik treffend.

Sowohl auf der Hauptbühne als auch in den kleineren Side-Events dominierte das Gefühl einer fundamentalen Übergangsphase: Die Allianzen und Ordnungsstrukturen der letzten Jahrzehnte bröckeln. Bundeskanzler Friedrich Merz sprach sogar davon, dass es diese Ordnung in ihrer bisherigen Form gar nicht mehr gebe. Die Frage, wie es zukünftig weitergeht, oder wie eine neue Weltordnung aussehen könnte, blieb in München jedoch weitgehend ungeklärt.

Die diesjährige MSC machte deutlich, dass „Under Destruction“ keine Frage oder dystopische Zukunftsvision ist, sondern bereits Teil der Realität. Dennoch muss diese Destruktion als Transformationsprozess verstanden werden, will man den destruktiven Kräften ein wirksames Gegengewicht entgegensetzen.

Eine Weltordnung im Wandel

In der Berichterstattung zur MSC wurde vielfach ein veränderter Ton in den Debatten zu transatlantischen Beziehungen hervorgehoben. Beiträge amerikanischer Vertreter wirkten moderater, insbesondere im Vergleich zum Auftritt von JD Vance 2025. Dennoch blieb die zentrale Botschaft der Vereinigten Staaten unverändert: Europa müsse mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung übernehmen. Gleichzeitig nutzten US-Abgeordnete die Konferenzbühne weiterhin, um die Sinnhaftigkeit internationaler Bündnisse infrage zu stellen. Der Ton mag gemäßigter gewesen sein, doch das täuschte nicht darüber hinweg, dass das grundlegende Vertrauen in die Verlässlichkeit der USA als Sicherheitspartner tief erschüttert ist.

Marco Rubios Rede und Bekenntnis zur gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft zwischen Europa und den USA blieben zudem gespickt von historischen und politischen Halbwahrheiten, Parolen und Klischees. Insbesondere das amerikanische Sicherheitsverständnis und die teils eigenwillige Interpretation von Völkerrechtsverletzungen als „Akte der Gerechtigkeit“ erregten weiterhin Besorgnis.

Europa als neuer sicherheitspolitischer Anker?

Zunehmend treten andere Akteure in das Machtvakuum ein, welches durch den Rückzug der USA entsteht. Vor allem China positionierte sich in mehreren Beiträgen als Verteidiger internationaler Institutionen und der Vereinten Nationen. Dieser starke Bezug auf multilaterale Kooperation stand in deutlichem Kontrast zur Haltung der USA und wirkte wie eine kalkulierte Antwort auf die internationale Ratlosigkeit angesichts des amerikanischen Kurswechsels. Die diesjährige MSC bestätigte, dass der Wettbewerb um Einfluss innerhalb internationaler Institutionen längst begonnen hat.

Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage nach Europas Rolle. Die europäische Sicherheitsarchitektur bildete einen der zentralen Diskussionsstränge der Konferenz. Europäische Staats- und Regierungschefs betonten wiederholt die Notwendigkeit, gemeinsame Werte zu verteidigen und die strategische Autonomie zu stärken.

Gleichzeitig blieb das „Wie“ weitgehend unbeantwortet. Besonders deutlich wurde dies in der Positionierung Deutschlands. Die Rede von Bundeskanzler Merz zielte sichtbar darauf ab, in Anlehnung an Mark Carneys Auftritt in Davos, Deutschland als handlungsfähigen sicherheitspolitischen Akteur zu inszenieren. Der Anspruch auf eine stärkere internationale Rolle wurde zwar formuliert, doch restlos überzeugen konnte die Rede kaum.

Zwar sprach Merz davon, dass Deutschland eine besondere historische und geografische Verantwortung gegenüber der internationalen regelbasierten Ordnung habe. Wenn man sich jedoch die Krisen und Konflikte der letzten Jahre anschaut, bleibt, unter Umständen mit der Ausnahme des Ukraine-Konflikts, die Handlungsunfähigkeit Deutschlands ein zentrales Motiv. Auch die Versprechen, internationale Sicherheit zu stärken, wiederholen das Verhalten, in dem europäische Staaten bereits in der Vergangenheit besonders gut waren: internationale Sicherheit ausschließlich als europäische Sicherheit zu definieren.

Was besonders auffiel, war die starke Betonung militärischer Fähigkeiten als primäres Mittel europäischer Handlungsfähigkeit. Diese Entwicklung wirft eine grundlegende Frage auf: Bedeutet europäische Verantwortung zwangsläufig Militarisierung?

Menschliche Sicherheit – Leitmotiv abseits der Hauptbühne

Die Balance zwischen notwendiger sicherheitspolitischer Eigenständigkeit und einem übermäßig militärisch geprägten Sicherheitsbegriff blieb eine der zentralen ungelösten Konflikte der Konferenz. Während politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger militärische Kapazitäten als Voraussetzung für Glaubwürdigkeit

darstellten, warnten viele Expertinnen und Experten davor, Sicherheit ausschließlich als militärisches Projekt zu begreifen.

Während auf den großen Bühnen ein militärisches Sicherheitsverständnis dominierte, zeigte sich in zahlreichen Side-Events ein anderes Bild. Dort zog sich das Konzept der *Human Security* wie ein roter Faden durch Diskussionen von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. *Human Security* beschreibt Sicherheit nicht nur als Schutz von Staaten, sondern als Schutz von Menschen, einschließlich sozialer Stabilität, wirtschaftlicher Sicherheit, Klimagerechtigkeit, funktionaler Gesundheitssysteme und demokratischer Resilienz. Bemerkenswert war daher, dass diese Perspektive einen beinahe selbstverständlichen Fokus der parallelen Gespräche und Panels bildete, der Begriff auf der Hauptbühne jedoch kaum fiel.

Diese Diskrepanz zeigt eine wachsende Kluft zwischen politischer Entscheidungslogik und langfristiger sicherheitspolitischer Forschung sowie Implementierung sicherheitspolitischer Projekte auf. Während politische Akteurinnen und Akteure häufig innerhalb kurzfristiger Wahlzyklen agieren, verfolgen Expertinnen und Experten und zivilgesellschaftliche Organisationen eine langfristige, systemische Perspektive auf Sicherheit. Einerseits war es ermutigend zu sehen, dass diese Perspektive weiterhin relevant bleibt und lautstark vertreten wurde. Andererseits ist es beunruhigend, dass der Mainstream-Diskurs sich immer weniger auf das Wissen von Expertinnen und Experten berief.

Konflikte im Fokus der internationalen Debatte

Wie zu erwarten, dominierte der Ukraine-Konflikt weiterhin den sicherheitspolitischen Diskurs. Die Botschaften europäischer und transatlantischer Partner waren eindeutig: Unterstützung für die Ukraine bleibt zentral für die europäische und internationale Sicherheitsordnung. Gleichzeitig zeigte sich eine gewisse politische Stagnation. Trotz klarer Bekundungen wurden nur wenige neue strategische Ansätze thematisiert.

Der Krieg in Gaza nahm eine ambivalente Rolle ein. Zwar existierten mehrere Panels und Diskussionen zu diesem Konflikt, doch fanden diese überwiegend auf Neben Bühnen statt. Dennoch ist beinahe jedem im Raum bewusst, dass, wenn über die Degradierung der internationalen regelbasierten Ordnung gesprochen wird, implizit der Konflikt in Gaza gemeint ist. Themen, wie das Völkerrecht, doppelte Standards und internationale Glaubwürdigkeit kamen auf beinahe jedem Panel auf. Es wurde deutlich: Wer die internationale Ordnung schützen will, muss diesen Fokus zwingend schärfen. Daher bleibt es problematisch, dass Gaza auf der Hauptbühne immer noch ein Tabuthema blieb.

Des Weiteren wurde organisierte Kriminalität als internationales Sicherheitsrisiko definiert. Mit wachsender geopolitischer Instabilität und der Ausweitung des europäischen Drogenmarkts entwickelt sich diese zunehmend zu einer europäischen Sicherheitsfrage. Nichtsdestotrotz bleibt das Thema oftmals politisch unterrepräsentiert und wird selten als Priorität Europas benannt. Die Konferenz zeigte jedoch ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass Sicherheitsbedrohungen längst nicht mehr rein militärischer Natur sind, und widmete dem Thema einige Side-Events.

Jugend, Frieden und Sicherheit – Partizipation oder Symbolpolitik?

Die Münchner Sicherheitskonferenz bemüht sich sichtbar um die Beteiligung junger Expertinnen und Experten, beispielsweise durch das Young Leaders Programm, den John McCain Dissertationspreis sowie die gezielte Einladung junger Delegierter. Auch 2026 waren zahlreiche junge Menschen vor Ort. Jedoch arbeiteten die meisten von ihnen hinter den Kulissen und bildeten eine beinahe unsichtbare Mehrheit auf der Konferenz. Betrachtet man ausschließlich die sichtbare Repräsentation auf Panels und der Hauptbühne, reduzierte sich diese Präsenz deutlich.

Das letzte Panel zum Thema “Under Reconstruction: A World Order for the Next Generation”, zeigte sich daher als Gegengewicht. Doch auch hier wurden grundlegende Missverständnisse deutlich. Es kam die Frage auf, wie junge Menschen stärker eingebunden werden können. Diese Frage, die viele Diskussionen zur Beteiligung junger Menschen dominiert, scheint misszuverstehen, dass diese sich längst für Sicherheitspolitik, internationale Zusammenarbeit und Frieden interessieren. Das Problem liegt weniger im fehlenden Engagement als in begrenzten Zugängen zu politischen Entscheidungsräumen.

Insbesondere in Deutschland zeigt sich diese Diskrepanz deutlich. Während in politischen Diskursen häufig über junge Generationen gesprochen wird, geschieht dies selten mit ihnen. Die Diskussion um Jugendbeteiligung bleibt daher oft symbolisch, solange strukturelle Machtverhältnisse unverändert bleiben. Leider blieb die diesjährige MSC nicht gänzlich davon ausgeschlossen.

Persönliches Fazit

Die Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz 2026 ermöglichte einen seltenen Blick hinter die Kulissen internationaler Politik. Viele außenpolitische Prozesse erscheinen in medialer Berichterstattung strategisch eindeutig. Vor Ort wurde jedoch deutlich, wie stark internationale Politik von Unsicherheit, informellen Gesprächen und konkurrierenden Narrativen geprägt ist.

Die Konferenz trug maßgeblich dazu bei, internationale Beziehungen zu entmystifizieren. Entscheidungen entstehen nicht ausschließlich auf großen Bühnen, sondern ebenso in kleinen Gesprächsrunden, informellen Begegnungen und parallelen Diskussionsräumen. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass kritische Perspektiven nicht nur außerhalb politischer Institutionen existieren, sondern auch innerhalb politischer Räume vertreten werden.

Für die Zivilgesellschaft stellt der Zugang zur Konferenz, der beispielsweise durch die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. ermöglicht wird, einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Kontrolle internationaler Politik dar. Beobachterinnen und Beobachter können hier nicht nur kritische Stimmen einbringen, sondern auch Brücken zwischen politischer Praxis, Forschung und gesellschaftlichem Diskurs schlagen. Insbesondere in der jetzigen Transformationsphase der internationalen Weltordnung und Sicherheitspolitik wird deutlich, wie wichtig vielfältige Perspektiven, langfristiges Denken und gesellschaftliche Beteiligung für nachhaltige Sicherheitspolitik sind.

Natalia Jagolski ist Junior-Dozentin für Sicherheitsstudien an der Universität Leiden